

Oskar Niedermayer

Rot-Grün-Präferenz statt rot-rot-grüner Lagerbildung

Zur künftigen Strategie der SPD

Der zunehmende politische Parteienwettbewerb und eine hohe Wählervolatilität schließen traditionelle Zweierkoalitionen zwar nicht aus, machen sie aber unsicher. Auch das gegenwärtige Hoch von Rot-Grün erlaubt keinerlei Schlussfolgerungen bezüglich zukünftiger Mehrheiten. Unter diesen Bedingungen steht die SPD bundespolitisch vor zwei grundlegenden koalitionsstrategischen Alternativen.

Oskar Niedermayer

(* 1952) ist seit 1993 Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen in den Bereichen Politische Soziologie, politisches System Deutschlands und Europaforschung.

niederm@zedat.fu-berlin.de



Gegen eine rot-rot-grüne Lagerstrategie, d.h. eine einseitige Festlegung mit einer klaren Koalitionsaussage und dem definitiven Ausschluss aller anderen Optionen vor der nächsten Bundestagswahl, spricht eine Reihe von Gründen.

Konflikttheoretische Gegenargumente:

Es gibt keine eindimensionale Konfliktstruktur des Parteienwettbewerbs, sondern drei zentrale Konfliktlinien in Form von Wertekonflikten im ökonomischen, kulturellen und politischen Bereich. Auf diesen Konfliktlinien verorten sich die Parteien in unterschiedlicher Weise, sodass keine überwölbende Links-Rechts-Superstruktur existiert. Im ökonomischen Sozialstaatskonflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit steht Rot-Rot-Grün der Union und der FDP gegenüber. Im kulturellen Konflikt zwischen libertären und autoritären Wertorientierungen – oder abgeschwächt zwischen Modernisierung und Traditionalismus – ist die FDP aber eher auf der Seite der SPD zu finden, und im politischen Systemkonflikt stehen die demokratischen Parteien auf jeden Fall der NPD gegenüber, während es über die

Einordnung der Linkspartei unterschiedliche Auffassungen gibt. Der Systemkonflikt hat eine andere Qualität als die anderen beiden Konfliktlinien, da die Kooperation mit einer als nicht demokratisch angesehenen Partei auf grundsätzliche Ablehnung trifft. Die Orientierungen eines Teils der Funktionäre, Mitglieder und Wähler der SPD und der Grünen gegenüber der Linkspartei sind wegen ihres Umgangs mit der Vergangenheit und wegen der in ihren Reihen noch zu findenden undemokratischen Orientierungen von dieser grundsätzlichen Ablehnung geprägt, d.h. die Linkspartei wird nicht als »normale« demokratische Partei angesehen. Es ist nachdrücklich vor der Auffassung zu warnen, diese Gruppe könnte durch inhaltliche Kompromisse im ökonomischen oder kulturellen Bereich von einer Koalitionsbildung mit der Linkspartei überzeugt werden. Wenn überhaupt, dann ist eine rot-rot-grüne Lagerbildung daher nur bei einseitiger Betonung der ökonomischen Konfliktlinie und bei einer vorherigen Lösung des Systemkonflikts durch die Linkspartei möglich, d.h. sie muss sich klar von ihrer DDR-Vergangenheit lösen und sich mit den undemokratischen Orientierungen in ihren Reihen kritisch auseinandersetzen, statt diese wie bisher als Ausdruck innerparteilicher Pluralität und Offenheit zu rechtfertigen. Dass dies in naher Zukunft geschieht, erscheint aufgrund ihres Verhaltens bei den Sondierungen in Nordrhein-Westfalen und bei der Bundespräsidentenwahl fraglich.

Machtstrategische Gegenargumente: Eine klare Lagerbildung begrenzt die zu erreichende Wählerschaft und ist daher nur sinnvoll, wenn das Wählerpotenzial des linken Lagers eine realistische Machtperspektive eröffnet. Dies war bei den Wahlen 1998, 2002 und 2005 auf den ersten Blick gegeben, da die drei Parteien zusammen jeweils eine knappe Mehrheit hatten, 2009 jedoch nicht. Die Wahlergebnisse in der Vergangenheit geben jedoch keinerlei Aufschluss über die Lagerstärke, da sie unter der Bedingung zustande kamen, dass es kein linkes Lager gibt, denn die SPD schloss eine Koalition mit der Linken aus. Eine Lagerstrategie birgt daher ein hohes elektorales Risiko, da nur sehr schwer abzuschätzen ist, wie viele Wahlberechtigte sich bei einer solchen Strategie von den Lagerparteien, insbesondere von der SPD, abwenden würden. Sie könnte bedeuten, dass der SPD bei der Wahl 2013 wieder eine realistische Machtperspektive fehlt, weil die Umfragen unter der Lageprämisse keine Mehrheit signalisieren. Eine Lagerbildung ist zudem eine Strategie der Minimierung von Koalitionsoptionen. Je weniger Koalitionsoptionen aber für die SPD existieren, desto höher ist der politische Preis in Form von inhaltlichen Konzessionen, den sie für eine Koalition bezahlen muss, da ihre politische »Erpressbarkeit« steigt.

Koalitionsstrategische Gegenargumente: Eine Lagerstrategie kann nur funktionieren, wenn alle beteiligten Parteien diese Strategie verfolgen. Trotz einer deutlichen Verbesserung des rot-grünen Verhältnisses in jüngster Vergangenheit sind die Grünen jedoch nicht mehr als der geborene Koalitionspartner der SPD anzusehen, der definitiv und ausschließlich auf diese Koalitionsoption festgelegt ist. Sie sind nach einer Landtagswahl schon in zwei Fällen lagerübergreifende Koalitionen eingegangen (Hamburg und Saarland) und sie haben in NRW die Erfahrung gemacht, dass ein Offenhalten der Koalitionsoptionen vor der Wahl ihnen nicht schadet. Zudem ist ih-

nen bewusst, dass sie – wenn sie eine strikte Lagerbindung vermeiden – im neuen Fünfparteiensystem eine koalitionsstrategische Schlüsselstellung einnehmen, weil sie die einzige Partei sind, die zum einen der Union in einer Zweierkoalition eine zusätzliche Machtoption verschaffen kann und zum anderen für alle rechnerisch möglichen Dreierkoalitionen gebraucht wird. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dennoch davon auszugehen, dass die Grünen eine Koalition mit der SPD eingehen werden, wenn Rot-Grün eine Mehrheit erhält. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein und die Grünen vor der Alternative Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün stehen, dann kann ihre Entscheidung für die Lageroption nicht vorausgesetzt werden, denn: Auch innerhalb der Grünen ist die koalitionsstrategische Orientierung umstritten, die Bildung einer Zweierkoalition ist von der Durchsetzung politischer Inhalte und der Postenverteilung her lukrativer und die inhaltlichen Differenzen zur Union haben sich durch deren ökonomische »Sozialdemokratisierung« und die Modernisierung der CDU auf der kulturellen Konfliktlinie verringert. Noch schwieriger wird es bei der Linkspartei. Der normative Aspekt ihrer angezweifelte demokratischen Qualität wurde ja schon angesprochen. Zudem bestehen innerhalb der Partei immer noch drei Strategieoptionen: (1) Fundamentalopposition, (2) Koalition mit der SPD nur, wenn diese die zentralen inhaltlichen Positionen der Linkspartei übernimmt, (3) Koalition mit der SPD auch unter deutlichen eigenen inhaltlichen Zugeständnissen. Solange aber die Linkspartei sich nicht eindeutig und belastbar auf die dritte Strategieoption verständigt hat, ist sie für die SPD kein verlässlicher koalitions- und regierungsfähiger Partner. Hinzu kommt, dass die bundespolitische koalitionsstrategische Inklusion einer Partei aus guten Gründen bisher immer zunächst auf der Landesebene vorbereitet und getestet wurde. Die wahrscheinlich letzte Möglichkeit

hierfür bestand in Nordrhein-Westfalen. Prinzipiell möglich wäre natürlich, dass die rot-grüne Minderheitsregierung in NRW nach einer Phase der informellen und punktuellen Kooperation mit der Linkspartei in absehbarer Zeit eine formelle Mehrheitskoalition mit ihr bildet, die dann auch noch erfolgreich ist. Auf dieser vagen Möglichkeit sollte eine SPD-Strategie im Bund aber nicht aufgebaut werden.

Flexibel, aber nicht beliebig

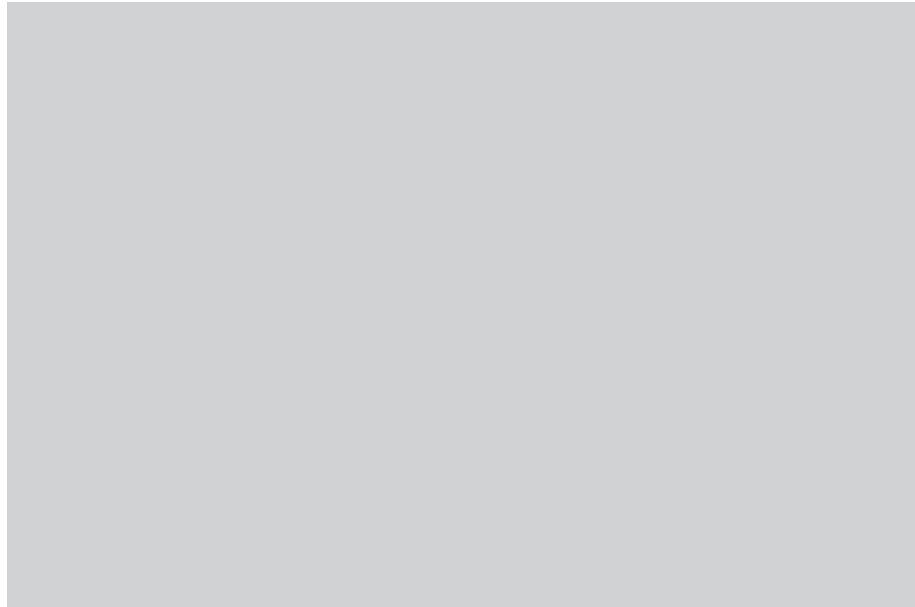
Aus der Gesamtheit der vorgetragenen Argumente ergibt sich die Schlussfolgerung: Von einer rot-rot-grünen Lagerbildung als Strategieoption der SPD ist abzuraten. Eine mögliche Alternative liegt in einer Strategie der eigenständigen Profilierung mit Rot-Grün-Präferenz. Diese Strategie verbindet eine klare Präferenz für Rot-Grün mit einer prinzipiellen koalitionsstrategischen Offenheit gegenüber allen anderen Parteien. Sie vermeidet daher gefährliche Vorfestlegungen, ohne in inhaltliche Beliebigkeit auszuarten, und erlaubt flexible Reaktionen auf zukünftige Veränderungen insbesondere auf Seiten der Linkspartei, aber auch der FDP. Eine solche Strategie stellt allerdings hohe Anforderungen an die Kommunikation mit den Wählern, den Umgang mit den anderen Parteien und die eigene inhaltliche Positionierung.

Wähleransprache: Sie sollte unter dem Motto stehen: Das Wünschenswerte verdeutlichen, das Notwendige akzeptieren, d.h. die Argumentation sollte lauten: Wählt uns wegen unserer eigenständigen und überzeugenden politischen Inhalte und nicht wegen unserer einseitigen koalitionspolitischen Festlegung. Wir machen deutlich, mit wem wir uns die Verwirklichung unserer Inhalte am ehesten vorstellen können, nämlich mit den Grünen. Sollte dies aber aufgrund des Wahlergebnisses nicht möglich sein, werden wir mit allen anderen Parteien (einschließlich der Linkspartei)

sprechen, um die zweitbeste Lösung zur Verwirklichung unserer eigenen politischen Vorstellungen zu realisieren. Damit wird den Wählern eine klare Machtperspektive signalisiert, die aber nicht wie in der Vergangenheit auf einer einseitigen Koalitionsfestlegung, sondern auf den Durchsetzungschancen der eigenen politischen Inhalte beruht.

Umgang mit den anderen Parteien: Generell sollte die Wahlkampagne primär darauf fokussiert sein, warum man die SPD wählen sollte, nicht darauf, warum man eine andere Partei nicht wählen sollte. Gegenüber den anderen Parteien sollten die inhaltlichen Unterschiede deutlich gemacht werden, ohne die Tür für eine mögliche Kooperation zuzuschlagen. Man sollte daher stärker als früher die unterschiedlichen inhaltlichen Distanzen der anderen Parteien zur SPD auf den drei Konfliktlinien berücksichtigen und das *negative campaigning* auf spezifische inhaltliche Positionen, nicht auf die jeweilige Partei insgesamt richten. Für den Umgang mit der Linkspartei bedeutet eine solche Strategie: Die SPD sollte den Gesprächsfaden mit den reformorientierten Kräften innerhalb der Linkspartei nicht abreißen lassen und Veränderungsprozesse der Linken unterstützen. Gleichzeitig sind jedoch klare inhaltliche Bedingungen für eine mögliche Kooperation zu setzen. Im Umgang mit der FDP sollte die SPD Anknüpfungspunkte im soziokulturellen Bereich verdeutlichen und einen Dialog mit denjenigen Kräften in der FDP auf- und ausbauen, die die FDP inhaltlich breiter aufstellen und von ihrer einseitigen koalitionspolitischen Festlegung wegführen wollen. Dass es diese Kräfte gibt, hat die jüngste Vergangenheit klar gezeigt, und je länger die elektorale Agonie der FDP andauert, desto wahrscheinlicher wird eine personelle und inhaltliche Verbreiterung bzw. Neuausrichtung.

Das eigene inhaltliche Profil: Die SPD sollte ein eigenständiges inhaltliches Profil mit Anschlussfähigkeit an unterschied-



liche Wählergruppen (d.h. auch gegenüber den Randwählern von Union und FDP) entwickeln, was bedeutet, dass es keinen Überbietungswettbewerb mit der Linkspartei auf der ökonomischen und den Grünen auf der kulturellen Konfliktlinie geben sollte. Im ökonomischen Bereich sollte dieses Profil den Markenkern der Sozialdemokratie – d.h. ihre Sozialkompetenz – betonen, ohne die notwendige wirtschaftspolitische Sekundärkompetenz zu vernachlässigen, denn Defizite in beiden Bereichen haben in der Vergangenheit zu Problemen geführt. Allerdings erscheint es fraglich, ob der sozialdemokratische Markenkern den Wählern heute noch optimal über die traditionelle Rhetorik der »sozialen Gerechtigkeit« vermittelt werden kann. Zum einen hat die SPD hier kein Alleinstellungsmerkmal mehr, seitdem die Linkspartei sich als einzig wahre Partei der sozialen Gerechtigkeit darstellt und auch andere Parteien mit dieser Formel operieren. Zum anderen hat die SPD seit der Agenda 2010 in der öffentlichen Diskussion mit eher marktliberalen Konzepten argumentiert und dadurch bei vielen traditionellen Wäh-

lern ein Glaubwürdigkeitsproblem erzeugt. Aufgrund dieses Glaubwürdigkeitsverlustes wurden die Versuche der SPD, sich in neuerer Zeit wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu profilieren, oft als rein taktische Manöver interpretiert. Vielleicht sollte die SPD daher versuchen, mit einem noch nicht besetzten Konzept einen neuen öffentlichen Diskurs anzustoßen, innerhalb dessen sie die Deutungshoheit besitzt. Zu einem solchen neuen Alleinstellungsmerkmal könnte die »faire Gesellschaft« werden. Dabei geht es nicht darum, den Bedeutungsgehalt des Grundwerts der sozialen Gerechtigkeit umzudefinieren, sondern eine neue Botschaft zu finden, die der SPD im politischen Kommunikationsprozess die Meinungsführerschaft verschafft. Zudem könnte die »faire Gesellschaft« auch als übergreifende politische Botschaft dienen, mit deren Hilfe die ökonomische mit der kulturellen Positionierung verbunden wird, denn auch im Bereich wichtiger gesellschaftspolitischer Themenfelder muss die SPD verlorengegangenes Terrain zurückerobern, wenn sie ihre Zukunftsfähigkeit erhalten will.